

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Hauptausschusses am Freitag, den 14.03.2014, um 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Heide Nahrgang

Ausschussmitglieder

Ursula Brand

ab 18.25 Uhr / Vertretung für
Herrn Steinmüller

Dietmar Busch

Bernd-Eric Hoffmann

Olaf Jung

Vertretung für Herrn Viebach

Thomas Klee

Dr. Axel Michalides

Annette Pizzato

Rolf Schäfer

Axel Schröder

Rolf Schulte

Dietmar Stark

Klaus Steinmüller

bis 18.25 Uhr

Dr. Jörg Weber

Beratende Mitglieder

Udo Schäfer

Peter Fritz Sebastian Ullmann

von der Verwaltung

Ute Butz

Georg Fenske

Julia Gottlieb

Britta Knorz

Jochen Knorz

Jürgen Manderla

Frank Nipken

Anke Schröder

Schriftführerin

Vanessa Jager

es fehlt:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ausschussmitglieder

Christian Viebach

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

- | | | |
|------|---|--------------|
| 1. | Niederschrift über die 20. Sitzung des Ausschusses am 26.11.2013 (öffentlicher Teil) | |
| 2. | Verteilung der stadteigenen Wahlwerbeflächen (Antrag der AL-Fraktion vom 27.02.2014) | AN/0193/2014 |
| 3. | Brandschutzbedarfsplan (Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2014) | AN/0187/2014 |
| 4. | Neufassung der Entwässerungssatzung der Stadt Radevormwald vom 18.06.2008 | BV/0576/2014 |
| 5. | Neufassung der Ausfuhrsatzung vom 18.06.2008 | BV/0577/2014 |
| 6. | 1. Änderung zur Friedhofssatzung vom 30.06.2011 | BV/0583/2014 |
| 7. | Bericht über wesentliche Haushaltsveränderungen, Entwicklung der Liquiditätskredite | IV/0458/2014 |
| 8. | Haushalt 2014 - 2022 | |
| 8.1. | Darstellung der Stellenreduzierung (Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0203/2014 |
| 8.2. | Wegfall der geplanten Verwaltungsstelle für den Fachbereich Stadtplanung und Umwelt (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0207/2014 |
| 8.3. | Aufrechterhaltung der jugendpflegerischen Aufgaben im Jugendzentrum Life (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0208/2014 |
| 8.4. | Änderungen im Stellenplan C, Feuerwehr (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0209/2014 |
| 8.5. | Bericht über die Organisationsuntersuchung Fachbereich Tiefbau und Fachbereich Zentrale Dienste (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0216/2014 |
| 8.6. | Stellenplan 2014 | BV/0579/2014 |
| 8.7. | Betriebswirtschaftliche Vergleichsrechnung zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 27.02.2014) | AN/0194/2014 |
| 8.8. | Verzicht Erwerb Asylbewerberunterkunft (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014) | AN/0197/2014 |

- | | | |
|-------|---|--------------|
| 8.9. | Sperrvermerk Erwerb Asylbewerberunterkunft (Haushaltsbegleit Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0210/2014 |
| 8.10. | Wegfall Zuschuss Kulturkreis (Haushaltsbegleit Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014) | AN/0198/2014 |
| 8.11. | Veränderung "Zuschüsse von privaten Unternehmen, Produktgruppe 1.16.01" (Haushaltsbegleit Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0211/2014 |
| 8.12. | Umgestaltung Zufahrt Kaiserstraße Ost und Ausfahrt Oststraße (Haushaltsbegleit Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014) | AN/0199/2014 |
| 8.13. | Wegfall Ersatzbeschaffung Geländewagen (Haushaltsbegleit Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014) | AN/0200/2014 |
| 8.14. | Wegfall Fassadendämmung Turnhalle Jahnstraße (Haushaltsbegleit Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0212/2014 |
| 8.15. | Umkleidekabinen Sportanlage "Schulzentrum" (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0226/2014 |
| 8.16. | Reduzierung der Haushaltsmittel für den Bau der Umkleidekabinen Sportanlage "Schulzentrum" (Haushaltsbegleit Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0213/2014 |
| 8.17. | Sperrvermerk Produkt "1.01.12, Digestorien Hauptschule" (Haushaltsbegleit Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0214/2014 |
| 8.18. | Einrichtung einer offenen Ganztagschule der GGS Bergerhof-Wupper am Standort Wupper (Haushaltsbegleit Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2014) | AN/0215/2014 |
| 8.19. | Senkung der Energiekosten (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0219/2014 |
| 8.20. | Erstellung Gebäudenutzungskonzept (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0220/2014 |
| 8.21. | Ausschreibung der Gebäudereinigung (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0221/2014 |
| 8.22. | Verringerung der Kosten für die externen Beratungen (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0222/2014 |
| 8.23. | Senkung der Telefonkosten (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0223/2014 |
| 8.24. | Einführung einer Internetplattform (Haushaltsbegleit Antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0224/2014 |

- | | | |
|-------|---|--------------|
| 8.25. | Instandhaltung der Grünflächen (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) | AN/0225/2014 |
| 8.26. | Verlässlichkeit von Investitionen (Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion vom 10.3.2014) | AN/0204/2014 |
| 8.27. | Haushalt 2014, Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022 | BV/0578/2014 |
| 9. | Ermächtigungsübertragungen Haushaltsjahr 2013 - 2014 | BV/0582/2014 |
| 10. | Mitteilungen und Fragen | |

Aufgrund krankheitsbedingter Abwesenheit des Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Dr. Korsten, übernimmt die stellvertretende Vorsitzende, Frau Heide Nahrgang, die Leitung der heutigen Sitzung.

Die Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 20. Sitzung des Ausschusses am 26.11.2013 (öffentlicher Teil)

Der Hauptausschuss nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Verteilung der stadteigenen Wahlwerbeflächen (Antrag AN/0193/2014 der AL-Fraktion vom 27.02.2014)

Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Nach Meinung von Herrn Ullmann müsste die Verteilung der Wahlwerbeflächen grundsätzlich überdacht werden, da hier eine Ungleichbehandlung vorliegt. Er schlägt vor, z.B. für jede Partei, unabhängig von der Größe, eine Fläche zur Verfügung zu stellen.

Hierzu erklärt Herr Nipken, dass es keine absolute gerechte Verteilung der Flächen geben kann, sieht aber in der Vorhaltung der stadteigenen Wahlwerbeflächen nur für Parteien, die an der Kommunalwahl teilnehmen, rechtliche Probleme. Bei einer normalen Wahl stehen insgesamt 90 Dreieckständer und 18 Plakatgroßtafeln für Wahlwerbung zur Verfügung. Aufgrund der diesjährigen besonderen Umstände schlägt die Verwaltung vor, dass 125 Dreieckständer inklusive Altbestände herausgegeben und verteilt werden. Eine komplette Freigabe der Plakatierung ist von der Verwaltung nicht gewünscht, da dies mehr Probleme als Nutzen verursachen würde.

Herr Ullmann möchte wissen, wie die Verwaltung die Verteilung der 18 Plakatgroßtafeln plant.

Herr Nipken führt aus, dass nach derzeitigem Kenntnisstand der an der Kommunalwahl teilnehmenden Parteien, die 18 Flächen ausreichen werden; je Partei soll eine Fläche auf jeder Wahlwerbetafel bereitgestellt werden. Die Verteilung der Dreieckständer ergibt sich wie folgt: die CDU und SPD erhalten je 22, die FDP erhält 12, proNRW erhält 11, die Grünen, die UWG sowie die AL je 10, das Linke Forum 8, die Linke 5 und sonstige Gruppierungen jeweils 3 Stück. Er schlägt vor, in der Ratssitzung eine genaue Übersicht vorzulegen.

Herr Dr. Michalides zieht den Antrag für die heutige Sitzung zurück.

3. Brandschutzbedarfsplan (Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2014) AN/0187/2014

Herr Knorz informiert den Ausschuss über den angepassten Brandschutzbedarfsplan. Er teilt mit, dass auf der Grundlage des Brandschutzbedarfsplans mittlerweile eine Ausnahmegenehmigung (Befreiung von der Verpflichtung zur Vorhaltung einer hauptamtlichen Wache) mit diversen Auflagen (z.B. Einhaltung der Schutzziele, regelmäßiges Controlling, personelle Mindeststärke, Fahrzeugkonzept, Einhaltung der Hilfsfristen) erteilt wurde. Diese Ausnahmegenehmigung ist bis zum 01.11.2015 befristet. Bis dahin soll ein überarbeiteter Brandschutzbedarfsplan vorgelegt werden. Im 2. Quartal 2014 soll es ein weiteres Gespräch mit dem OBK geben, in dem die Auflagen der Ausnahmegenehmigung detailliert besprochen werden sollen.

Des Weiteren berichtet Herr Knorz, über das Einsatz-Controlling in den Jahren 2011, 2012 und 2013. Im Jahr 2011 gab es insgesamt 13 relevante Einsätze. Hier wurde das Schutzziel zu 17 % erreicht. Im Jahre 2012 waren es insgesamt 8 Einsätze, bei denen das Schutzziel zu ca. 50 % erreicht wurde. Im Jahr 2013 waren es bei 5 Einsätzen bereits ca. 75 %. Durch Übertragung des Rettungsdienstes an den OBK seit Anfang dieses Jahres und die damit verbundenen organisatorischen Veränderungen, sollte das Schutzziel von 80 % erreicht werden können. Hierzu weist er aber darauf hin, dass einige Einsatzorte nicht in der vorgeschriebenen Hilfsfrist von 8 Minuten erreicht werden können.

4. Neufassung der Entwässerungssatzung der Stadt Radevormwald vom 18.06.2008 BV/0576/2014

Herr Dr. Michalides erläutert den als Tischvorlage vorliegenden Antrag der AL-Fraktion. Er betont, dass hierdurch lediglich die Möglichkeit eingeräumt werden soll, dass diese Prüfungen auch durch die Stadt wahrgenommen werden können.

Herr Manderla führt hierzu aus, dass zwar die hierfür benötigte Sachkunde durch Mitarbeiter der Stadt gegeben ist, allerdings besitzt man die zur Prüfung benötigten Sachmittel nicht; die Anschaffung dieser Sachmittel würde ca. 40.000 Euro kosten. Weiter erklärt Herr Manderla, dass laut dem Landeswassergesetz eine Beratungspflicht seitens der Stadt besteht und bindend ist. Die Kosten für diese Beratung der Bürger können auf die Kanalnutzungsgebühr umgelegt werden. Die "Beratung" endet dann, wenn eine technische Leistung erbracht werden muss. Herr Manderla macht den Vorschlag, dass die Beratung noch so weit ausgeweitet werden soll, als dass neben der Empfehlung eines Sachverständigen aus einem Pool örtlicher und regionaler Unternehmen, auch die Überprüfung des Angebotes durchgeführt werden kann. Er betont, dass jede weitergehende Beratung entgeltlich erfolgen müsste. Zudem macht er klar, dass bei der beantragten Änderung der Satzung die entsprechenden Mitarbeiter zu den sog. "Sachkundigen" ausgebildet werden müssten. Seiner Meinung nach ist es möglich ohne diese Ergänzung der Satzung eine gute Beratung zu gewährleisten.

Weiter merkt Herr Manderla zur zweiten beantragten Satzungsergänzung an, dass diese Änderung die Handlungsfähigkeit der Verwaltung verlangsamen würde. Er betont, dass die bisherige Handhabung für die Bürger die geringste Belastung darstellt.

Herr Dr. Michalides nimmt aufgrund der Ausführungen von Herrn Manderla den Antrag zurück.

Es folgt nun die Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Radevormwald, die anliegende Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Entwässerungssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, 2 UWG)
1 Enthaltung (AL)

5. Neufassung der Ausfuhrsatzung vom 18.06.2008**BV/0577/2014****Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Radevormwald, die anliegende Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben) – Ausfuhrsatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. 1. Änderung zur Friedhofssatzung vom 30.06.2011**BV/0583/2014**

Frau Gottlieb erläutert die Verwaltungsvorlage. Sie betont, dass laut einer Untersuchung des Geologischen Dienstes NRW auf dem Kommunalfriedhof keine Bodenverhältnisse vorherrschen, die für den Zersetzungsprozess besonders günstig sind. Daher kann die geplante Verkürzung der Ruhefristen nicht realisiert werden.

Herr Dr. Michalides fragt an, ob die Ruhefristen in diesem Fall sogar nicht besser verlängert werden sollten.

Hierzu erklärt Frau Gottlieb, dass dies laut Gutachten nicht notwendig ist.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, die Friedhofssatzung vom 30.06.2011 der Stadt Radevormwald entsprechend den Erläuterungen zu § 21 Absatz 4 Buchstabe h) sowie § 22 Absatz 2 zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Bericht über wesentliche Haushaltsveränderungen, Entwicklung der Liquiditätskredite**IV/0458/2014**

Herr Nipken erläutert die Verwaltungsvorlage. Er weist darauf hin, dass außer den bekannten Mindereinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer alles im beplanten Bereich liegt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8. Haushalt 2014 - 2022

**8.1. Darstellung der Stellenreduzierung (Haushaltsbegleit- AN/0203/2014
antrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2014)**

Herr Nipken nimmt Stellung zu dem Antrag der CDU- und SPD-Fraktion. Er führt an, dass in diesem Jahr 1,0 Stellen gestrichen werden sollen; diese Streichung ist in dem vorliegenden Stellenplanentwurf noch nicht vorhanden. Die Vorstellung der Verwaltung war, Einsparungen auch im Bereich der jugendpflegerischen Maßnahmen zu erzielen. Aufgrund eines Antrags der CDU- und SPD-Fraktion wird hiervon allerdings Abstand genommen. Nun soll stattdessen die geplante Stelle für den Verwaltungsbereich im FB Stadtplanung und Umwelt nicht realisiert werden; hiermit wird zudem einem weiteren Antrag der CDU- und SPD-Fraktion entsprochen.

**8.2. Wegfall der geplanten Verwaltungsstelle für den Fachbe- AN/0207/2014
reich Stadtplanung und Umwelt (Haushaltsbegleit-
antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)**

Herr Schulte erklärt den Antrag aufgrund der Ausführungen von Herrn Nipken als erledigt.

**8.3. Aufrechterhaltung der jugendpflegerischen Aufgaben im AN/0208/2014
Jugendzentrum Life (Haushaltsbegleit-
antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)**

Herr Stark begründet den Antrag der CDU- und SPD-Fraktion und erklärt diesen ebenfalls aufgrund der Ausführungen von Herrn Nipken als erledigt.

**8.4. Änderungen im Stellenplan C, Feuerwehr (Haushaltsbe- AN/0209/2014
gleit-
antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014)**

Frau Butz erklärt, dass die hier beantragte Änderung des Stellenplans im Bereich der Feuerwehr bereits von der Verwaltung realisiert und aufgenommen wurde. Sie weist diesbezüglich aber darauf hin, dass im Jahr 2016 eine neue Ausbildung für die Funktionsstelle abgelegt werden muss. Für die gesamte Laufzeit dieser Ausbildung (1 Jahr) würde der Stelleninhaber nicht zur Verfügung stehen. Es müsste also dann für diesen Zeitraum eine zusätzliche Kraft eingestellt werden.

Herr Knorz ergänzt weiter, dass es hierfür noch keine genaue Lösung gibt, da es noch einige Unwägbarkeiten im Personalbereich gibt. Die für den Brandschutz eingesetzten hauptamtlichen Kräfte müssen nach den gesetzlichen Vorschriften feuerwehrtechnische Beamte sein. Für einen begrenzten Zeitraum von einem Jahr ist eine solche Kraft nicht zu bekommen. Insofern sollte eine fünfte Kraft so lange wie möglich gehalten werden.

Herr Schulte erklärt den Antrag aufgrund der bereits vorgenommenen Berücksichtigung durch die Verwaltung für erledigt.

8.5. Bericht über die Organisationsuntersuchung Fachbereich Tiefbau und Fachbereich Zentrale Dienste (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0216/2014

Herr Nipken berichtet, dass die Organisationsuntersuchungen im FB Tiefbau und im FB Zentrale Dienste zwar bereits abgeschlossen sind, ein entsprechender Bericht aber derzeit nur für den FB Tiefbau vorliegt. Er schlägt vor, die Berichte in den jeweiligen Fachausschüssen (FB Tiefbau = Bauausschuss und FB Zentrale Dienste = Hauptausschuss) vorzustellen.

Herr Stark verweist auf den Antrag und macht klar, dass eine Vorstellung in der nächsten Ratssitzung erfolgen soll. Er merkt an, dass dort zumindest der Bericht für den FB Tiefbau vorgestellt und den Fraktionen ausgehändigt werden kann.

Herr Nipken sagt dies zu.

8.6. Stellenplan 2014 BV/0579/2014

Herr Nipken erläutert den Stellenplan inklusive der beschlossenen Änderungen.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den vorliegenden Stellenplan 2014 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.7. Betriebswirtschaftliche Vergleichsrechnung zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 27.02.2014) AN/0194/2014

Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Nipken erklärt, dass bei einer Rekommunalisierung jeweils ein Fahrzeug für Altpapier, Sperrmüll, Grünabfall und Restmüll vorgehalten werden müsste. Dies würde bereits erhebliche Kosten verursachen. Für eine genauere Betrachtung und Berechnung müssten entsprechende externe Fachleute beauftragt werden; auch hieraus würden wieder Kosten entstehen. Weiter merkt er an, dass sich nach einer Recherche eine solche Rekommunalisierung erst bei Städten ab ca. 75.000 Einwohnern lohnen bzw. Ersparnisse bringen würden. Zum Vorschlag des Austritts aus dem BAV führt er an, dass nach Landesabfallgesetz die Stadt lediglich dazu verpflichtet ist, den Müll zu sammeln und zu befördern. Die Entsorgungspflicht tragen die Kreise. Der Kreis ist Mitglied des BAV. Daher ist ein Austritt der Stadt Radevormwald nicht möglich.

Herr Ullmann weist darauf hin, dass laut Antrag eine rechnerische Gegenüberstellung gewünscht ist. Er kann nicht verstehen, warum diese nicht von der Verwaltung vorgelegt werden kann.

Herr Schröder kann dies ebenfalls nicht nachvollziehen.

Herr Schäfer führt weiter an, dass ein Austritt aus dem BAV bisher noch von keinem Mitglied angestrebt worden ist; die Entsorgung in Eigenregie ist zu teuer.

Herr Ullmann macht deutlich, dass der Antrag nicht darauf abzielt mehr Geld auszugeben, sondern zu prüfen, ob hier ein Einsparungspotential vorliegt.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung aufzufordern, in einer betriebswirtschaftlichen Vergleichsrechnung darzulegen, ob und in welcher Höhe Kosteneinsparungen erzielt werden können, wenn das Einsammeln und Transportieren des Restmülls eigenständig durchgeführt würde. Darüber hinaus ist gleichfalls zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, aus dem BAV auszutreten und welche Kosteneinsparungen sich ergeben, wenn die „Verwertung“ des Restmülls über ein Ausschreibungsverfahren vergeben würde.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 FDP, AL)
10 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 UWG)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.8. Verzicht Erwerb Asylbewerberunterkunft (Haushaltsbe- AN/0197/2014 gleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014)

Frau Butz erklärt vorab, dass die Verwaltung jede andere Möglichkeit in Betracht ziehen wird um den Personenkreis wohnlich zu versorgen, bevor eine Unterkunft angeschafft werden soll.

Ergänzend fügt Herr Knorz bei, dass sich derzeit 71 Asylbewerber in Radevormwald aufhalten. Durch eine interne Umbelegung konnte noch Platz für eine kleinere Gruppe geschaffen werden. Die Unterbringungsbedarfe in dem Bereich ändern sich allerdings wöchentlich, so dass die Option des Erwerbs einer Unterkunft als notwendig angesehen wird.

Herr Schäfer führt an, dass eine eigene Unterkunft auch eine Ersparnis bringen könnte.

Herr Dr. Michalides ist der Meinung, dass man die Haushaltsmittel nicht streichen, sondern mit einem Sperrvermerk versehen sollte. Weiter möchte er wissen, ob die Immobilie, die seinerzeit angeboten wurde, immer noch zum Verkauf steht.

Herr Knorz erklärt, dass das Interesse vom potentiellen Verkäufer aus auch weiterhin vorliegt.

Herr Hoffmann hält ebenfalls einen Sperrvermerk für sinnvoll, da die Notwendigkeit eines Erwerbs nicht gänzlich auszuschließen ist.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Haushaltsmittel für den Erwerb der Asylbewerberunterkunft zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 FDP)
11 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 UWG, AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.9. Sperrvermerk Erwerb Asylbewerberunterkunft (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0210/2014

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Michalides bestätigt Herr Schulte, dass die Aufhebung des Sperrvermerks entgegen des Beschlussvorschlages selbstverständlich auch durch den Rat erfolgen kann; der Beschlussvorschlag ist entsprechend abzuändern.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, dass die für den Erwerb einer Asylbewerberunterkunft vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 240.000 € in 2014 mit einem „Sperrvermerk“ zu versehen sind. Die Aufhebung des Sperrvermerks kann nur durch den Hauptausschuss oder den Rat erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.10. Wegfall Zuschuss Kulturkreis (Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014) AN/0198/2014

Herr Schröder erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Michalides erklärt Herr Schröder, dass ein möglicher erhöhter Abo-Preis nur für die Erwachsenen gelten soll.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Zuschuss für den Kulturkreis zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 FDP)
9 Nein-Stimmen (4 CDU, 3 SPD, UWG, AL)

Die Abstimmung erfolgt ohne die Herren Steinmüller und Dr. Weber, da diese Vorstandsmitglieder im Kulturkreisverein und daher befangen sind.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.11. Veränderung "Zuschüsse von privaten Unternehmen, Produktgruppe 1.16.01" (Haushaltsbegleit Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0211/2014

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Position „Zuschüsse von privaten Unternehmen“ PG 1.16.01 für die Haushaltsjahre 2015 bis 2022 auf jährlich 200.000 € festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, FDP, 2 UWG)
2 Nein-Stimmen (FDP, AL)

8.12. Umgestaltung Zufahrt Kaiserstraße Ost und Ausfahrt Oststraße (Haushaltsbegleit Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014) AN/0199/2014

Frau Pizzato erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Nipken weist darauf hin, dass ein Förderbescheid vom Land vorliegt, der eine Förderung i.H.v. 70 % zusagt.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die im Haushalt 2014 und 2015 eingestellten Haushaltsansätze für „Umgestaltung Zufahrt Kaiserstr. Ost“ und „Umgestaltung Ausfahrt Oststr.“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 FDP, AL)
10 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 UWG)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.13. Wegfall Ersatzbeschaffung Geländewagen (Haushaltsbegleit Antrag der FDP-Fraktion vom 11.03.2014) AN/0200/2014

Frau Gottlieb macht darauf aufmerksam, dass der Geländewagen bereits 15 Jahre alt ist und die Kommunalhydraulik durch die zahlreichen Wintereinsätze sehr gelitten hat. Aus Sicht der Verwaltung ist eine Neuanschaffung unumgänglich, zumal diese schon jahrelang geschoben wird.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den im Haushalt 2014 eingestellten Haushaltsansatz für „Ersatzbeschaffung Geländewagen“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 FDP, AL)
10 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 UWG)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.14. Wegfall Fassadendämmung Turnhalle Jahnstraße (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 10.03.2014) AN/0212/2014

Herr Nipken berichtet, dass im gestrigen Bauausschuss empfohlen wurde, die in der Veränderungsliste vorgesehene Fassadendämmung nicht durchzuführen.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die mit der Veränderungsliste zum Entwurf des Haushalts 2014 von der Verwaltung vorgeschlagene Maßnahme, die „Instandsetzung Turnhalle Jahnstraße“ um 100.000 € zu erhöhen, abzulehnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.15. Umkleidekabinen Sportanlage "Schulzentrum" (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) AN/0226/2014

Herr Nipken informiert den Ausschuss, dass im gestrigen BA empfohlen wurde, die Umkleidekabinen in das Untergeschoss der Realschule einzubauen. Die Kosten hierfür betragen 150.000 € für die Hochbau- und 15.000 € für die Tiefbauarbeiten.

Herr Hoffmann hält den Bau einer separaten Umkleidekabine weiterhin für sinnvoll, da diese Maßnahme zu 100 % aus der Schulpauschale gegenfinanziert ist.

Herr Stark kann Herrn Hoffmann nicht zustimmen. Er entgegnet, dass sich die SPD-Fraktion bei Wissen um eine kostengünstigere Alternative nicht für die teurere Möglichkeit aussprechen kann.

Herr Schröder stimmt den Ausführungen von Herrn Stark zu.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Bau der Umkleidekabinen am neuen Sportplatz Hermannstraße, wie ursprünglich geplant, durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 UWG)
11 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.16. Reduzierung der Haushaltsmittel für den Bau der Umkleidekabinen Sportanlage "Schulzentrum" (Haushaltsbegleitantrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 12.03.2014) AN/0213/2014

Frau Gottlieb zeigt anhand einer Power-Point-Präsentation, wie der Bau der Umkleidekabinen und Sanitärbereiche für den Sportplatz in einem Teilbereich im 2. UG der Realschule aussehen könnte.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die im Haushalt 2015 für die Errichtung von Umkleidekabinen an der neuen Sportanlage „Schulzentrum“ veranschlagten Haushaltsmittel im Haushaltsplanentwurf in Höhe von 400.000 € auf 166.000 € zu reduzieren. Der von der Verwaltung mit Veränderungsliste zur Sitzung des Hauptausschusses vorgelegte Vorschlag, auf die Umkleidekabinen ganz zu verzichten, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, 2 UWG)
1 Nein-Stimme (AL)

**8.17. Sperrvermerk Produkt "1.01.12, Digestorien Hauptschule" (Haushaltsbegleit- AN/0214/2014
antrag der SPD-Fraktion vom
10.03.2014)**

Herr Nipken führt an, dass es sich hier um Absauganlagen für den Chemieraum und die Giftschränke in der Hauptschule handelt. Die Haushaltsmittel dafür waren bereits im Haushalt 2013 enthalten. Die entsprechende Ausschreibung ist dann im Herbst 2013 erfolgt; die Submission am 20.11.2013. Aufgrund des Tariftreuegesetzes mussten noch Unterlagen vorgelegt werden, die erst am 20.01.2014 eingetroffen sind. Daraufhin ist eine Teilbeauftragung erfolgt. Von den veranschlagten 23.000 € wurden bereits 14.000 € verausgabt, weitere 9.000 € befinden sich noch im Ansatz. Eine Sperre der Mittel ist daher im vollen Umfang nicht mehr möglich.

Herr Stark gibt an, dass dies aus dem Haushaltsplan nicht abzusehen war.

Herr Schröder nimmt Bezug auf die geringen Anmeldezahlen für die Hauptschule hin und warnt hier vor großen Investitionen.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann macht Frau Gottlieb deutlich, dass noch ca. 4.000 – 5.000 € für die Schlussrechnung des Fach-Ingenieurs benötigt werden. Weiter betont sie, dass eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der Maßnahme vorlag.

Herr Stark erklärt den Antrag aufgrund der Ausführungen von Herrn Nipken für erledigt.

**8.18. Einrichtung einer offenen Ganztagschule der GGS Bergerhof-Wupper am Standort Wupper (Haushaltsbegleit- AN/0215/2014
antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2014)**

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, spätestens mit dem Schuljahr 2014 / 2015 bei der GGS Bergerhof-Wupper, am Standort Wupper, Auf der Brede, eine offene Ganztagschule einzurichten. Für den zusätzlichen Betreuungsaufwand sind jährlich 5.000 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 UWG, AL)
2 Enthaltungen (2 FDP)

8.19. Senkung der Energiekosten (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) AN/0219/2014

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Nipken erklärt, dass der Strombezug der Stadt zum 01.01.2015 neu ausgeschrieben werden soll; entsprechende Haushaltsmittel für eine europaweite Ausschreibung sind bereits in den Ermächtigungsübertragungen enthalten. Weiter betont er, dass sich aufgrund der gestiegenen Hallennutzungen auch die Stromkosten erhöhen. Wiederum werden Erfolge durch Energiesparmaßnahmen von den permanent steigenden Energiekosten aufgehoben.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann betont Frau Gottlieb, dass der Einsatz von energiesparenden Maßnahmen von der Verwaltung bei Planungen/Projekten berücksichtigt wird.

Herr Nipken macht abschließend deutlich, dass die Strombezugsverträge festgeschrieben sind und daher eine Ersparnis von 10 % bis Ende 2014 nicht erreicht werden kann.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen im Rahmen der Wartung und Instandsetzung energie- und kostensenkende Maßnahmen kontinuierlich umzusetzen. Alleine durch eine Senkung des Stromverbrauches um 10 % könnten die Kosten (Sachkonto: 522100) um ca. 60.000 € reduziert werden. Insbesondere die Verwendung von LED Technik kann einen großen Beitrag dazu leisten.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 UWG)
11 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8.20. Erstellung Gebäudenutzungskonzept (Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014) AN/0220/2014

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Frau Butz sagt die Erstellung eines Gebäudenutzungskonzeptes zu, betont aber, dass eine Umsetzung bis Ende 2014 nicht möglich sein wird.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, ein Gebäudenutzungskonzept zu erstellen. Ziel des Konzeptes soll es sein, die optimale Ausnutzung der kommunalen Gebäude sicher zu stellen. Damit entfallen Mietkosten und der Ergebnisplan wird wesentlich verbessert. Die Auswirkungen sollen schon im Jahr 2014 wirksam werden und als Grundlage für die Haushaltsberatungen 2015 dienen. Das Konzept und auch die Auswirkungen der Maßnahme soll im Hauptausschuss vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 UWG)
11 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Herr Stark macht klar, dass dies kein Votum gegen ein Gebäudenutzungskonzept ist, sondern lediglich gegen die Verwirklichung bis Ende 2014.

**8.21. Ausschreibung der Gebäudereinigung (Haushaltsbe- AN/0221/2014
gleitantrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)**

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Stark möchte von der Verwaltung wissen, ob eine entsprechende Ausschreibung so kurzfristig möglich ist bzw. ob man an irgendwelche Verträge gebunden ist.

Herr Nipken erklärt hierzu, dass die Gebäudereinigung im Haushaltsplan mit rd. 546.000 € beplant wurde. Die Ausschreibung erfolgte letztmalig im Jahr 2003 europaweit. Eine neue Ausschreibung müsste nun wieder europaweit erfolgen; hierfür würden wieder Haushaltsmittel benötigt werden. Herr Nipken merkt weiter an, dass keine Kostenersparnis durch eine erneute Ausschreibung zu erwarten ist. Abschließend weist er darauf hin, dass es trotz diverser Sonderreinigungen noch nie zu überplanmäßigen Ausgaben in diesem Bereich gekommen ist.

Frau Gottlieb bestätigt, dass die Verwaltung in diesem Bereich gut aufgestellt ist und die Preise angemessen sind.

Herr Schröder fragt an, wie mit Flächenveränderungen und Leerständen von Klassenräumen umgegangen wird.

Frau Butz macht deutlich, dass es abgesehen von Räumen in der Hauptschule keine Leerstände gibt. Viele Räumlichkeiten werden auch von Vereinen genutzt, welche keine Reinigungskosten entrichten müssen.

Herr Stark fragt an, ob von der derzeitigen Gebäudereinigungsfirma die Vorschriften des Tariftreue- und Vergabegesetzes eingehalten werden.

Frau Gottlieb ist sich relativ sicher, dass diese Vorschriften eingehalten werden, da dieses jährlich überprüft wird. Genauere Angaben wird sie aber zum Protokoll geben. (Anm. der Verwaltung: Laut Auskunft von Frau Aschermann, FB Gebäudewirtschaft, hat die letzte Überprüfung im Juli 2013 stattgefunden; die entsprechenden Unterlagen wurden eingereicht. Die nächste Überprüfung erfolgt somit im Juli 2014.)

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die Gebäudereinigung (Ergebnis im Haushalt 2012: 529.611 €, Ansatz in 2014: 546.050 €) neu auszuschreiben. Ziel der Ausschreibung soll es sein, eine Kostenreduktion um mindestens 20 % zu erreichen. Dadurch kann der Ergebnisplan erheblich verbessert werden. Hierbei soll auch betrachtet werden, ob eine Verteilung der Arbeiten auf verschiedene Unternehmen sich kostensenkend auswirken kann. Die entsprechende Haushaltsposition soll um 20 % reduziert werden.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 UWG)
11 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**8.22. Verringerung der Kosten für die externen Beratungen AN/0222/2014
(Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vom
12.03.2014)**

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Stark befürchtet, dass bei Abdeckung der Beratungsleistungen durch die Mitarbeiter einige Dienste der Verwaltung nicht mehr aufrecht erhalten werden können, unter anderem auch die Ausführung von Aufträgen aus der Politik an die Verwaltung.

Herr Nipken weist darauf hin, dass der von der UWG-Fraktion angesprochene Bereich "Prüfung, Beratung, Rechtsschutz" lediglich einen Ansatz von 172.920 € im Haushaltsplan ausweist. Hierzu gehören u.a. 58.850 € für die Prüfung durch das GPA und der Jahresabschlüsse und ca. 20.000 € für die Prüfung der Hallendächer auf Standsicherheit wegen Schneelasten.

Frau Gottlieb macht klar, dass viele Leistungen, die von Fachingenieuren durchgeführt werden, nicht von Mitarbeitern der Stadt erledigt werden können, da die diesbzgl. Ausbildung fehlt (Technische Gebäudeausrüstung, Statik, Brandschutz, Lärmschutz, Vermessung etc.). Zumal bestätigt sie Herrn Starks Befürchtung, dass Aufträgen der Politik nicht mehr nachgekommen werden kann.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten für externe Beratung (z.B. Organisationsuntersuchungen, externe Ingenieurleistungen etc. =

Konto 542xxx „Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“) im Hauhaltsjahr 2014 um 20 % (ca. 300.000 €) gegenüber den gemachten Ansätzen zu verringern. Ziel soll es grundsätzlich sein, durch interne Kräfte die benötigten Beratungsleistungen abzudecken. Über diese Maßnahme ist im Hauptausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 UWG)
11 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**8.23. Senkung der Telefonkosten (Haushaltsbegleitantrag der AN/0223/2014
UWG-Fraktion vom 12.03.2014)**

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Nipken weist hierzu darauf hin, dass erst in der Hauptausschusssitzung im September 2013 ein Bericht des FB RP vorgelegt wurde, in dem die Telefonverträge geprüft worden sind. Eine Umstellung wurde dort für nicht erforderlich gehalten.

Herr Hoffmann zieht aufgrund der Ausführungen von Herrn Nipken den Antrag für den Hauptausschuss zurück.

**8.24. Einführung einer Internetplattform (Haushaltsbegleit- AN/0224/2014
antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)**

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Herr Nipken teilt zunächst mit, dass die Einrichtung eines solchen Kontaktformulars technisch möglich ist.

Frau Gottlieb fügt ergänzend hinzu, dass eine solche Kontaktaufnahmemöglichkeit über ein Formular für den Bürger mit den Mitarbeitern der Stadtverwaltung bereits besteht. Die Mails werden vom Vorzimmer an die entsprechenden Mitarbeiter zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet.

Herr Schröder fügt des Weiteren hinzu, dass man auf der städtischen Internetseite zudem die Möglichkeit hat, nach dem richtigen Ansprechpartner zu suchen und dann mit diesem Kontakt aufzunehmen.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Internetplattform (durch Integration in die vorhandene Website www.radevormwald.de) zu erstellen, in der die Bürger Verbesserungsvorschläge (hier insbesondere zum Einsparungspotential im Haushalt) einstellen können. Dazu kann ein einfaches „Kontaktformular“ installiert werden und eine weitere Verarbeitung soll durch Verwaltung und Politik erfolgen. Diese Vorschläge sollen von der Verwaltung, nach Diskussion mit dem jeweiligen Ausschussvorsitzenden, in den zuständigen Ausschuss eingebracht werden. Die Anträge sind entsprechend zu kennzeichnen und dem Bürger ist ein Feedback zu geben.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 UWG, AL)
10 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**8.25. Instandhaltung der Grünflächen (Haushaltsbegleit- AN/0225/2014
antrag der UWG-Fraktion vom 12.03.2014)**

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Frau Gottlieb erklärt, dass bereits ca. 20 Vereinbarungen mit Bürgern bestehen, in denen diese sich zur Übernahme der Pflege von Grünflächen - oftmals kleine Flächen, die sich zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche und dem privaten Grundstück befinden - bereit erklärt haben.

Herr Hoffmann sieht den Antrag damit als erledigt an und zieht ihn zurück.

**8.26. Verlässlichkeit von Investitionen (Haushaltsbegleit- AN/0204/2014
antrag der CDU-Fraktion vom 10.3.2014)**

Seitens der CDU-Fraktion wurde die Verwaltung aufgefordert vorzuschlagen, wie man diese Problematik lösen kann. Herr Nipken schlägt als Lösungsmöglichkeit vor, sich auf die im Haushaltsplanvorbericht befindliche Auflistung der Investitionen zu beziehen. Hier sind alle

Investitionen ab 25.000 € aufgeführt. Er macht den Vorschlag, dass ab sofort eine Übersicht aller Investitionen ab 25.000 € mit dem aktuellen Bearbeitungsstand in den jeweiligen Fachausschüssen bekannt gegeben wird.

Herr Schulte begrüßt diesen Vorschlag und erklärt sich im Namen der CDU-Fraktion damit einverstanden.

8.27. Haushalt 2014, Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2022 BV/0578/2014

Herr Nipken erläutert den Haushalt und verweist auf die als Tischvorlage vorliegende Veränderungsliste aus dem Bauausschuss, dem beschlossenen Zuschuss für die OGATA (5.000 € / Jahr) sowie die Festsetzung der Zuschüsse „Auszahlung von privaten Unternehmen“ (200.000 €) ab 2015. Diese Änderungen werden bis zur Ratssitzung eingearbeitet.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Haushalt 2014 und das Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2012 bis 2022 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 UWG)
1 Nein-Stimme (AL)
2 Enthaltungen (2 FDP)

9. Ermächtigungsübertragungen Haushaltsjahr 2013 - 2014 BV/0582/2014

Herr Nipken erläutert die Verwaltungsvorlage.

Es folgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die von der Verwaltung aufgeführten Ermächtigungsübertragungen vom Haushaltsjahr 2013 in das Haushaltsjahr 2014 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 UWG, 2 FDP)
1 Nein-Stimme (AL)

10. Mitteilungen und Fragen

a) Herr Schulte bittet die Verwaltung um Auskunft, ob bereits eine Lösung zur Senkung der Rückstellung für die Überstunden gefunden wurde.

Herr Nipken merkt dazu an, dass eine Regelung besteht, die zu einer Sicherstellung der Reduzierung der Überstunden führen soll. Hier wären die Fachbereichsleiter in der Pflicht. Ziel ist es, den Rückstellungsbetrag bis Anfang 2015 von ca. 200.000 € auf 150.000 € abzusenkten.

b) Hinsichtlich einer im Bauausschuss erfolgten Nachfrage von Frau Eifer teilt Frau Gottlieb mit, dass Herr Knorz prüfen wird, ob die Poller vor dem „Tortenatelier“ und Oberlies in der Winterzeit zu Parkzwecken entfernt werden können.

Ende des öffentlichen Teils: 19.30 Uhr

Heide Nahrgang
Vorsitzender

Vanessa Jager
Schriftführer